Dienstag, 26. Februar 1924 · 72. Jahrgang Nr. 97

Berliner Volks-Zeitung

Abend-Ausgabe
Einzel-Nr. 10 Goldpfg. = 100 Mild. M.

Chefredakteur: Otto Nuschke, Berlin-Steglitz

Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin

Letzte Kleinhandelspreise der Berliner Zentralmarkthalle

Zufuhr in Fleisch über Bedarf.

Rindfleisch 0,75—0,90, ohne Kn. 1,00—1,20. Kalbfleisch 0,80—1,40. Hammelfleisch 0,80—1,20. Schweinefleisch 0,80—1,20. Gefrierfleisch das Pfund, Eier 0,14—0,16 das Stück, Salzheringe 0,06—0,12 das Stück, Kartoffeln 10 Pfd. 0,30—0,40.

Preise auf der Höhe der Vorwoche.

0,50—0,80. Rückenfett 0,90—1,10. Schweinefleisch 0,90—1,00. Rindertalg ausgelassen 0,55—0,65. Butter 1,60—2,40. Margarine 0,55—0,65.

Einheitsbrot	0,50	Strom: Licht und Kraft	0,42
Schrippe	0,025	Gas	ohne 0,21
Milch	0,33	Wasser	ohne 0,21
Umrechnungsz. f. Lebensm.	1 Bill	Kurs der Goldmark	1 Bill
Briketts	Ztr 1,40	Steuerumrechnungszahl	1 Bill
Koks	Ztr 2,45	Der Reichsindex	1110 Milliarden

Strassenbahn	0,15	Postk. Ort 0,03, Fernp. Ost	0,05
Hochb. II 0,15—0,20, III	0,10—0,15	Ausl. 0,20, Tascheh. u. Unz.	0,12
Stadtbahn II 0,25, III	0,15	Brief Ort 0,05, Fernp. Ost	0,10
Omnib. Tarif	0,15, z. Str. 0,20	Ausl. 0,30, Tascheh. u. Unz.	0,25
Telephon	0,15	Automat	0,15
Telegramme das Wort	0,15	Rohrpost Karte 0,06, Brief	0,08

nach Auslandsgebühren

Vor der Aussage Hitlers

Der Beginn des Prozesses in München – Die Darstellung des Putsches in der Anklageschrift – Die gefürchtete Oeffentlichkeit „Vorläufige Zulassung" der Pressevertreter

München, 26. Februar. (B. S.)

Unter außergewöhnlich starken Vorsichtsmaßnahmen hat heute morgen um 8½ Uhr der Hitler-Ludendorff-Prozeß begonnen. Der mächtige Komplex der ehemaligen Militärbildungsanstalt, in dessen einem Gebäude die Verhandlung sich abrollt, lag einsam und verlassen da. Mächtige Verhaue aus Stacheldraht sperren die Blutbenburgstraße, und nur wer im Besitz einer Karte ist, darf zunächst das Verhau, hinter dem Landespolizei und Schutzmannschaft in Stahlhelmen aufgestellt ist, passieren. Durch eine zweite Kontrolle am Tor der Offiziersschule gelangt man in die erste Etage, und hier löst eine Sperre die andere ab. Jeder wird auf Waffen untersucht; Aktentaschen müssen geöffnet werden. Die Damen müssen sich in einem besonderen Zimmer sogar die Frisuren und Strümpfe auf Waffen untersuchen lassen.

* * *

Der eigengeschlossene Offiziersspeisesaal, in dem die Verhandlung beginnt, ist schon um 8 Uhr gefüllt. Nur wenige Zuhörer — etwa 20 — bilden die Oeffentlichkeit, außer den Pressevertretern, die in drangvoll fürchterlicher Enge untergebracht sind. Auf den ersten Bänken, die für die bayerische Regierung reserviert sind, sah man auch Vertreter der Reichsbehörden, und zwar [illegible] Amtes und des Reichswehrministeriums. Schon vor der Verhandlung gab es eine wenig [illegible] Ueberraschung. Die Pressestelle der bayerischen Staatsregierung hatte die Anklage vervielfältigen lassen, um sie den Pressevertretern zur Verfügung zu stellen. Der Vertreter der Anklage erhob dagegen jedoch Verwahrung, da er beabsichtige, gewisse Teile der Anklageschrift unter Ausschluß der Oeffentlichkeit zu verlesen.

Kurz nach 8½ Uhr kam Bewegung in das Heer von Polizeibeamten, das die Gänge und Treppen besetzt hielt. Von den Offiziersgemächern an, in denen die in Haft befindlichen Angeklagten untergebracht sind, und in denen sich auch die auf freiem Fuß befindlichen Beschuldigten versammelten, bis zum Sitzungssaal wurde ein [illegible] Spalier von Kriminalbeamten und Schutzleuten gebildet. Alle Türen mußten geschlossen werden, niemand durfte sich auf den Gängen zeigen, die in Reserve stehenden Pressevertreter wurden im Pressezimmer eingesperrt.

Um ½9 Uhr begaben sich dann die Angeklagten in geschlossenem Zuge zur Verhandlung. An der Spitze gingen Ludendorff und Pöchner, rechts und links begleitet von Kriminalbeamten. Ihnen folgten einzeln hintereinander Hitler, Oberleutnant Kriebel, Hauptmann Röhm und die übrigen Angeklagten, ebenfalls sämtlich von Kriminalbeamten eskortiert und von ihren Verteidigern begleitet.

Erst nachdem der Zug im Sitzungssaal verschwunden war, wurde die Sperre über die Gänge wieder aufgehoben, doch blieb das ungeheure Polizeiaufgebot auf dem Posten.

Die Angeklagten betraten mit ihren Verteidigern den Saal. Alle, mit Ausnahme Wagners trugen Zivil. Darauf eröffnete der Vorsitzende, Landgerichtsrat Reidhart, ohne Einleitung die Verhandlung durch den Aufruf der Angeklagten. Zunächst wurden die Personalien festgestellt. Auf die Frage, ob er sich verhandlungsfähig fühle, bejahte Poehner laut und deutlich.

*

Hierauf verlas Staatsanwalt Stenglein die Anklage, die Hochverrat bzw. Beihilfe in den Verhellen der Angeklagten erdichtet. Es erfolgte dann die Verlesung des Ermittlungsbefundes. Es wird dann der Hergang im Bürgerbräukeller in München geschildert. Die Darstellung der Anklage besagt im einzelnen: Die Hitler ergebenen Verbände hatten in der Umgebung des Löwenbräukellers inzwischen Aufstellung genommen. Diese Aufstellung war von Hitlers Generalstabschef, dem Oberstleutnant a. D. Kriebel, auf das sorgfältigste vorbereitet worden. Am 6. Oktober hatte nämlich im Generalstabskommissariat eine Besprechung der Führer der Vaterländischen Verbände stattgefunden, an der auch Oberstleutnant v. Kriebel teilnahm. An dieser Besprechung hätten, erklärte v. Kriebel, v. Kahr und v. Lossow mitgeteilt, daß am 23 Oktober in München die Führer der nationalsozialistischen Sturmabteilung Bayerns zusammengetreten seien, und daß in dieser Tagung Mitteilung von der unmittelbar bevorstehenden Errichtung einer Reichsdiktatur Hitler-Ludendorff gemacht worden sei. Von Bayern aus würde ein bewaffneter Vormarsch nach Berlin beginnen werden. Kahr, Lossow und Seisser wären mit diesem Vorgehen Hitlers einverstanden.

Es ist auch ein Flugblatt gefunden worden, das unter Mißbrauch des Namens des Generals v. Lossow die Reichswehr aufforderte, nach Berlin zu marschieren.

Trotz der Warnung des Generalkommissariats am 6. November trieb der Kampfbund, an dessen Spitze v. Kriebel stand, die Aktion weiter und tags darauf versandte am 7. November Oberstleutnant v. Kriebel das bekannte Schreiben an die Verbände „Bund Bayern und Reich", „Organisation Ehrhardt", „Reichsflagge", „Jäger", „Germannsbund" und an Oberstleutnant Wilmer, in dem es u. a. heißt:

„Der Herr Generalstaatskommissar hat durch Landeskommandant und Oberst v. Seisser klar und unzweideutig erklärt, daß er fest entschlossen ist, gegen jeden Verband, der aus sich selbst heraus einen gewaltsamen Umsturz herbeiführen sucht, mit Waffengewalt vorzugehen." Ferner erklärte in diesem Schreiben Herr v. Kriebel, daß Meinungsverschiedenheiten, die ein Zusammengehen mit den einzelnen Verbänden unmöglich machen, ihn nicht hindern könnten, sich „mit der gesamten militärischen Macht des deutschen Kampfbundes an die Seite des Verbandes zu stellen, gegen den Reichswehr und Landespolizei mit Waffengewalt aufgeboten wird."

Von diesem Schreiben hat wohl Herr v. Kahr Kenntnis bekommen, schon am 7. November teilte General v. Lossow seinen maßgebenden Offizieren den Inhalt desselben mit. Er informierte sie über den drohenden Putsch und am 8. November fand eine Besprechung der Chefs der Landespolizeikommandos Bayerns bei Oberst v. Seisser statt, wobei der Letztgenannte ausdrücklich erklärte, daß jeglicher Putsch mit Waffengewalt verhindert werden müsse.

Inzwischen wurden durch Oberleutnant Kriebel und Dr. v. Scheubner-Richter, der später erschossen wurde, die Führer der ganz Bayern zerstreuten nationalen Sturmtrupps benachrichtigt, sich am 8. November in München einzufinden, nachdem am 6. November eine Alarmierung der Führer stattgefunden hatte. Bei diesem Rendezvous erhielten die Führer verschiedene Alarmbefehle, die sie erst am 8. November öffnen sollten. Der Inhalt dieser Alarmbefehle war daß die Hitler-Garden sofort nach München kommen sollten. Ebenso war das nationalsozialistische Regiment „München" am 8. November mittags alarmiert.

Im Löwenbräu und in der Marximilianstraße erhielten die Mannschaften Waffen. Am 8. November, abends 8 Uhr, drang eine Gruppe des Bundes „Oberland" in die Kaserne des Reichswehrregiments 19 ein, um sich dort der Waffen der Reichswehr zu bemächtigen. Dieser Versuch mißlang, die Rebellen wurden von den regulären Truppen hinausgedrängt.

Weiter hatte Hitler für seinen Staatsstreich die Offiziersaspiranten der Infanterieschule gewonnen. Die Mitglieder der Schule waren schon seit Wochen durch Hitler und Oberleutnant a. D. Roßbach bearbeitet und schließlich für eine „nationale Bewegung" gewonnen worden. Es war dies um so leichter möglich gewesen, als den Offiziersschülern mitgeteilt war, daß General v. Ludendorff sich an die Spitze der Bewegung stellen werde. Tatsächlich ist auch eine Abordnung dieser Offiziersschüler unter Führung des Leutnants Wagner bei General Ludendorff gewesen, der bei dieser Gelegenheit davon sprach, daß nach seiner Auffassung die nationale Erhebung von Bayern aus in nahe bevorstehender Zeit sich über ganz Deutschland siegreich verbreiten werde. Bei dieser Gelegenheit erklärte Ludendorff, der günstigste Augenblick zum Losschlagen wäre wohl der Ausbruch des Konflikts Seeckt—Lossow gewesen, doch würde die Aktion auch so zur Vollendung kommen. Am Abend des 8. November haben sich dann die Infanterieschüler der Bewegung Hitler angeschlossen und sind dann unter Führung Roßbachs gegen das Generalstaatskommissariat eingesetzt worden, ohne daß gekämpft wurde. Hitlers Hauptquartier befand sich im Bürgerbräukeller, und von hier aus wurden die Aktionen gegen die militärwichtigen Gebäude der Stadt unternommen. Die Mannschaften der „Reichskriegsflagge" nahmen unter Führung des Hauptmanns a. D. Röhm das Wehrkreiskommandogebäude und verhafteten die dort anwesenden Reichswehroffiziere. In der Nacht vom 8. zum 9. November kamen Hitler und Ludendorff in das Wehrkreiskommando und versuchten von dort aus General v. Lossow zu einer Besprechung zu bekommen.

Lossow dagegen verhaftete die an ihn gesandten Parlamentäre und ließ nun Hitler offiziell mitteilen, daß die Reichswehr und die Landespolizei mit allen Mitteln gegen den Aufruhr vorgehen würden. Uebrigens erfuhren Ludendorff, Hitler und Pöchner, daß die bayerische Reichswehr gegen München marschiere und die Münchener Garnison sich zum Kampf vorbereite.

Ein Versuch Poehners, das Polizeipräsidium zu besetzen, mißlang und Poehner wurde dabei verhaftet. Jetzt griffen die Aufrührer zu den letzten Mitteln, sie inszenierten einen großen „Triumphzug", um die Münchener Bevölkerung über den wahren Stand der Dinge hinwegzutäuschen. Am 9. November mittags setzte sich ein großer Zug vom Bürgerbräukeller aus mit Ludendorff und Hitler an der Spitze in Bewegung und entwaffnete an der Ludwigsbrücke die Landespolizei. In der Nähe der Feldherrenhalle aber kam es zu den bekannten blutigen Zusammenstößen, bei denen einige zwanzig Personen getötet wurden. Inzwischen hatte die Reichswehr das Wehrkreiskommando entsetzt und Ludendorff wurde gefangen genommen. Hitler dagegen entfloh. Damit war der Putsch zu Ende, die übrigen Aufrührer, soweit sie nicht getötet oder gefangen genommen waren, verließen in kleinen Trupps München.

Zusammenfassend schloß die Anklage: Hitler war die Seele des Unternehmens. Er nahm die Leitung der Reichspolitik für sich in Anspruch und bezeichnete das Unternehmen noch fort, als er die Aussichtslosigkeit desselben längst erkannt hatte.

Ludendorff hat vor dem 8. November 1923 zu erkennen gegeben, daß er sich einer politischen Erhebung zur Verfügung stellen würde. Er wurde von der völkischen Presse als „kommender Mann" gefeiert. Er hat auch im Bürgerbräukeller Hitler ausdrücklich versichert, daß er sich mit an die Spitze des Unternehmens stelle und hat den Infanterieschülern militärischen Befehle ge-

Schnelldienst

Zwischen der interalliierten Reparationskommission und den Vertretern der gesamten Holzwirtschaft des besetzten Gebiets ist ein Abkommen betreffend die Holzreparationslieferungen getroffen worden.

Der Völkerbundsausschuß zur Prüfung der Frage des polnischen Munitionslagerplatzes im Danziger Hafen hat seinen Bericht jetzt eingereicht.

Die englische Regierung hat in Paris eine Note überreicht, in der der englische Standpunkt bezüglich der Militärkontrolle in Deutschland dargelegt wird.

Obwohl die Warendärle noch geschlossen bleibt, hat der Pariser Polizeipräfekt die Abhaltung eines Getreidemarktes für Mittwoch gestattet.

Wegen des Streiks um den Achtstundentag haben zahlreiche Werften in nordbeutschen Häfen den Betrieb geschlossen.

Auch der Sekretär des Präsidenten Coolidge ist im Petroleumskandal kompromittiert.

Die englischen Dockarbeiter haben heute um 4½ Uhr früh die Arbeit wieder aufgenommen.

Gestern nachmittag fand in Brüssel ein Kabinettsrat statt in dem Außenminister Jaspar über die Arbeiten der Genfer Geschäftsjahr sprach.

Der in Rom tagende Völkerbundsausschuß für Seerüstungen hat seine Arbeiten beendet.

Heute tritt in Genf das Wirtschaftskomitee des Völkerbundes zusammen.

Die mexikanischen Rebellen sind vernichtend geschlagen worden.

Reichstagsbeginn — Reichstagsauflösung?

Die Rede des Kanzlers Marx – Der drohende Konflikt

Heute mittag begann der Reichstag seine Verhandlungen vor einem gutbesetzten Hause und starkbesuchten Tribünen. Die große politische Aussprache wird durch eine Rede des Reichskanzlers Marx eingeleitet, der bei Redaktionsschluß das Wort nimmt. Die Reden der Parteiführer sollen sich unmittelbar anschließen. Für die Sozialdemokraten wird als erster Hermann Müller-Franken sprechen, der auch die Aussprache beginnt. Es ist zu erwarten, daß man auch sonst vom Regierungstische in die Debatte eingreifen wird. Der Reichsfinanzminister, Luther, dürfte die Steuernotverordnungen verteidigen, während der Reichsjustizminister zu seinem Justizgebiet das Wort nehmen wird.

*

Bis zur Stunde sieht es nicht so aus, als ob man sich interfraktionell über die einzelnen Abänderungsanträge einigen wird. Die Deutschnationalen werden, so nimmt man an, nicht nur für ihre weitgehenden Aufhebungsanträge stimmen, sondern dürften auch zu den sozialdemokratischen Anträgen allerlei weitergehende agitatorische Amendements einbringen, deren Ablehnung der Sozialdemokratie sehr schwer würde. Sollte die Rechte so operieren dann würde die Regierungsmitte ein Vertrauensvotum für die Regierung einbringen, bei dessen Ablehnung der Reichstag vermutlich aufgelöst werden würde. Der Reichspräsident Ebert soll bereits die Zustimmung zur Auflösung gegeben haben.

Der Ausnahmezustand in Sachsen

Dresden, 26. Februar. (W. T. B.)

Nach einer Mitteilung der Nachrichtenstelle der Staatskanzlei hat die Besprechung des Ministerpräsidenten und des Ministers des Innern mit dem Reichswehrminister und dem Reichsminister des Innern, die am Montag, 25. Februar, in Berlin stattfand und an die sich eine weitere Besprechung mit dem Reichspräsidenten anschloß, zu der Vereinbarung geführt, daß Sachsen mit bezug auf den Ausnahmezustand genau so behandelt werden wird wie alle anderen Länder des Reiches.

Albert Thomas in Berlin

Der Direktor des internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, hatte gestern auf der Durchreise aus Warschau in Berlin eine Reihe von Besprechungen, um sich ein Bild über die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutschlands, insbesondere der deutschen Arbeiterschaft zu machen. Thomas begibt sich von Berlin zunächst nach London, um mit der englischen Regierung über die Ratifikation des internationalen Abkommens über den Achtstundentag zu verhandeln. Von London aus wird sich Thomas über Paris nach Genf zurückbegeben.